

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingaa.
Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Preisprophet Nr. 123.

Preisprophet Nr. 123.

Er scheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2. — 4 vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1. — 80 4.



Insertionspreis
Der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 4;
auswärtiger Preis 15 4. — Reklamapreis 30 4.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 135

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 19. November 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Erneuerung.

Wir hatten uns die Rückkehr unserer Truppen anders vorgestellt. Wir dachten, wir könnten sie feiern als Sieger mit Panzen und Trompeten und ihnen ehrende Ehrenparaden bauen. Es ist anders gekommen, und der Dinstag ist der richtige Ausdruck der Stimmung, mit der wir ihren Empfang vorbereiten sollen.

Sie haben nicht Schuld, sie haben ihre Pflicht in bestem Maße getan, und das Lob der Tapferkeit, das wir ihnen so häufig nach den unzähligen Siegesnachrichten gezollt haben, war durchaus verdient.

Aber wir hatten uns überschätzt. Unsere Staatsmänner und Heerführer hatten geglaubt, wir könnten es mit der ganzen Welt aufnehmen. Manche hatten erobern wollen, hatten den Krieg als ein Stahlbad gefeiert. Und während andere nach außen den Arm zu lang gemacht hatten, hatten andere im Innern des Landes ihren Rachen mit Bier gefüllt und die eigenen Brüder bewohlet und sich auf deren Kosten in dieser ersten Zeit bereichert. Es war ein Wuchern und Hamstern, ein Mißgachten der Staatskasse, ein Verachten des Gemeingeistes, ein äußerlicher Sinn in unser Volk eingezogen, der bis in die Straßen reichte, selbst an der Front war ein starker Dualismus zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, so daß uns jenes Urteil treffen mußte: Genogen, gewogen und zu leicht befunden. Wenigstens für diese ganz große Aufgabe, es allein mit der ganzen Welt aufzunehmen und ihr gewissermaßen unseren Stempel aufzudrücken.

Deshalb ist auch der Umschwung im Innern eingetreten. Die Stützen der alten Ordnung sind jäh zusammengebrochen, als wären sie völlig morsch und widerstandslos gewesen. Sie wankten, fast ohne sich zu sträuben. Andere Männer haben sich nach den Rücken gegriffen und wollen zeigen, daß sie besser reiten können. Ihre Aufgabe, mit den schweren Waffen- und Lebensbedingungen und den sicher nicht weniger schweren Friedensbedingungen fertig zu werden, ist wirklich fürchtbar.

In dem allen zeigt sich deutlich Gottes Finger, im Äußeren wie im Innern. Wir empfinden seine Atemzüge, sein mächtiges Brausen und sein sanftes Säuseln. Wehe uns, wenn wir in diesen gewaltigen Wellen Gottes nicht näher kommen, wo Völker zerbersten wie erblickter Kalk, wo Throne stürzen wie lustige Kartenhäuser, wo die Ländergrenzen verschoben werden, wie man neue Kreidestrichen auf die Wandtafel zieht, wo im Innern die gewaltigsten Reformen an einem Tage geschaffen werden, für die man einzeln sonst Jahre gebraucht. Das sind Zeiten, wo Gott vor allem Volk seinen Samen in die geöffneten Furten streut, damit die Gottesfurcht und die Hingabe an das Volk daraus wachse. Da gilt es, sich emporzuhelfen aus dem Staube und hinauszugreifen nach des Himmels Höhen, um die Gnade Gottes herabzuholen und den Weltlauf um die Ideale wieder zu beginnen.

Niederlagen sind oft segensreicher für die Völker als heraufschende Siege. In den großen Kriegen der Assyrer und Babylonier, wo die Völker Israel und Juda geschlagen wurden und ihre Selbstständigkeit verloren, standen die großen Propheten auf und haben ihrem Volke einen neuen Halt, vertieften seinen Glauben und machten das kleine Volk der Juden unüberwindlich. Ihre Predigten legten den Grund zu einem neuen Glauben, der schließlich die Welt erobern sollte.

So sind auch von der Niederlage von Jena und Trier Städte Ströme des Segens ausgegangen. Sie gab den großen Reformern in unserem Volke Gelegenheit, eine große Erneuerung in unserem Volke heranzuführen. Noch heute können wir uns an den Herzengärtchen jener Männer erbauen. Dem 70er Kriege dagegen folgten die Gründerjahre, folgte eine Anhebung der Machtpolitik und der Ueberhöhung, eine Veräußerlichung unseres ganzen Wesens. Die Franzosen aber haben aus ihrer Niederlage 1870 gelernt, was wir viel zu sehr übersehen haben, und was jetzt unser Unglück gewesen ist.

Der Sieger von heute ist es vielleicht morgen schon nicht mehr, so sehr er sich in den Wahn hält und die Weine spreizt und die Augen verdreht. Und der Sieger von morgen wird sein, wer den Becher des Geldes auskostet bis zur Reize, wer gründlich auf die Weiden der Reiz achtet und sich nichts entgehen läßt. Hier heißt es wirklich demütig und aufmerksam sein und der Selbstverkenntnis nicht aus dem Wege gehen. Aber dann kommt auch der Segen der inneren Erhebung, der freudigen Erleichterung des Glüdes, der Wiederaufbau bringt.

Herman Köhlsche.

Friedenskonferenz in Versailles.

Nach einer Neutermeldung aus London schreibt die "Daily Chronicle", daß die Friedenskonferenz Anfang 1919 in Versailles zusammentreten werde. Zu den bevollmächtigten würden Lord George

Vaufrour und Barnes gehören. Die britische Delegation würde vermutlich aus über 200 Personen bestehen. Auch Wilson will dazu kommen, vermutlich schon Mitte Dezember.

Verhandlungen über die Ukraine.

In der nordostukrainischen Stadt Jass, der bisherigen provisorischen rumänischen Hauptstadt, ergaben die bisherigen Verhandlungen zwischen der Entente und den Vertretern der russischen Einzelstaaten, daß die Entente eine Einigung Rußlands als föderativer Staat wünsche. Die Anerkennung der ukrainischen Selbstständigkeit wurde abgelehnt.

Die deutschen Truppen dürfen bis zur Bildung einer ukrainischen Armee im Lande bleiben.

Unsere Truppen dürfen also weiterhin die Ehre haben, als Polizei für die ukrainische Regierung gegen die Bolschewiki zu dienen! Wir meinen, man sollte den Minister Skoropadski, der doch zweifellos mit der Entente liebäugelt, „seinen“ Bolschewiki überlassen.

Die Entente will offenbar Rußland wieder einengen, um eine dauernde Bedrohung Deutschlands an der Hand zu haben.

Neue Entente-Note.

Die Beratungen des Versailler Kriegsrates sind wieder aufgenommen worden. Gegenwärtig wird der Wortlaut einer neuen Note an Deutschland festgelegt, die die Aufforderung zur Entsendung von Delegierten für die Friedenskonferenz enthält und auch den Ort, wo diese Konferenz stattfinden soll, festsetzt. Allgemein nimmt man an, daß Versailles in erster Linie in Betracht kommt.

Gegenstand der Beratungen in Versailles sind auch die inneren Vorgänge in Deutschland und die Frage, an welche deutsche Persönlichkeit künftighin Noten des Verbandes zu richten sind.

Eine Verbindung mit England zur See.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß der deutsche Kreuzer „Königsberg“ mit britischen Kriegsschiffen zusammentraf. Er wird zu einem Punkte auf See eskortiert werden, wo die deutschen Delegierten ihre Schiffe verlassen und sich auf die britischen Kriegsschiffe begeben werden, um dem Admiral Beatty die deutschen Vorschläge für die Durchführung der auf die Seestreitkräfte bezüglichen Bedingungen des Waffenstillstandes vorzulegen.

Wirren in den bürgerlichen Parteien.

Erwachendes Leben. — Neue Parteibildungen.

Die durch die Revolution veränderten bürgerlichen Parteien haben seit einigen Tagen neues Leben entfaltet, und zwar, nachdem der erste Schritt getan worden war, ein recht reges. Aus dem Centrum folgt ein Aufruf dem andern, und die Nationalliberalen haben, nachdem sie ihre Bedenken gegen ein Hervortreten zurückgestellt hatten, sich gleich mit großer Bestimmtheit ausgesprochen.

Wohlbeachtet immer: „Die in Berlin anwesenden Mitglieder...“ Den Niederschlag der neuen Zeit können diese Kundmachungen also nur bei solchen Parteien enthalten, deren erdrückende Mehrheit in Berlin wohnt. Und das ist nur beim Fortschritt der Fall. Aber weil gerade bei ihm die inneren Schwankungen und Wirren seit langen am stärksten waren, hat dort die Neuorientierung die stärksten Wirkungen gehabt.

Eine neue bürgerlich-republikanische Partei

hat sich ausgetan. Ein Aufruf linksgerichteter Politiker regt an die Gründung einer großen demokratischen Partei. Aus dem Programm sind neben den vielen auf Agitation gerichteten Gegenwarts-Kleinigkeiten und dem an erster Stelle stehenden Bekenntnis zur Republik folgende Grundgedanken anzuführen: Der zweite Grundsatz besagt, daß wir die Freiheit nicht von der Ordnung, der Befehlsmäßigkeit und der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen zu trennen vermögen, und daß wir jeden bolschewistischen, reaktionären oder sonstigen Terror bekämpfen, dessen Sieg nichts anderes bedeuten würde, als grauenvollstes Elend und die Feindschaft der ganzen zivilisierten, vom Rechtsgedanken erfüllten Welt.

Wir wissen, daß heute nur lächerliche Mittel helfen können, und daß von allen Besthenden große Opfer zu fordern sein werden, wenn aus dem Trümmerfeld eine glücklichere Zukunft sich erheben soll. Die Zeit erfordert die Gestaltung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie erfordert, die monopolistische entwickelte Wirtschaftsgebiete, die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuteilen und zur Einschränkung des Großgrundbesitzes zu schreiten, damit das Bauerntum gestärkt und vermehrt werden kann. Notwendig sind härteste Erlassungen des Kriegsgewinnes, ein-

malte progressive Vermögenssteuer, andere tiefgreifende Steuermaßnahmen, gesetzliche Garantierung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechte, Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen, Stützung der selbständigen Mittelklasse, Freiheit für den Aufstieg der Tüchtigen und die internationale Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms.

Unter den Unterzeichnern finden sich Dernburg, Prof. Dr. C. Grande („Soziale Praxis“), Prof. Hertner, Gustav Hartmann (Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaft), von rechts der nationalliberale Führer Abg. Justizrat Jund-Weipzig, für die Nationalliberalen Abg. v. Nischosen.

Tauschen aber:

Führende Mitglieder der Hauptverbände und Fraktionen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei haben sich am Freitag, den 15. November, auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geeinigt. Sie setzten einen Ausschuss ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellen und die Grundlage zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen soll.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin hat nach einem einleitenden Bericht des Abgeordneten Fischbeck eine Entschließung angenommen, in der die Parteigenossen aufgefordert werden, die Bestrebungen zur Aufrechterhaltung einer geordneten Staats- und Wirtschaftslebens bereitwillig zu unterstützen, zugleich mit dem Entschluß, bei der Neuordnung der politischen Verhältnisse die volle Gleichberechtigung aller Volksschichten tatkräftig zu wahren. Weiter wird die schleunige Einberufung einer freien und unbehinderten Abstimmung von Männern und Frauen zu wählenden Nationalversammlung gefordert, die über die Grundfragen der staatlichen Neuordnung zu entscheiden habe. Zugleich erklärt die Fortschrittliche Volkspartei einen Aufruf zum Anschluß an die Partei.

Der Reichstag beseitigt.

Nach einer amtlichen Meldung telegraphiert Reichstagspräsident Fehrenbach an das Kabinett: „Geht die Reichsleitung, gegen vielfach angelegte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?“ Das Kabinett erwiderte:

„Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaiserthums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1911 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten.“

Ebert. Haase.

Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen für möglichst schnelle Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

Man nimmt aber in der Regierung an, daß das erst im Januar geschehen wird. Bis dahin wird der heutige Zustand der Verordnungen ohne Parlament fortbestehen.

Auch die Arbeiter- und Soldatenräte für die Nationalversammlung.

In einer Sitzung des Kölner A. u. S. Rates ist einstimmig folgende Entschließung angenommen worden: „Der A. u. S. Rat Köln erklärt sich mit dem programmatischen Grundgedanken der sozialdemokratischen Aktion einverstanden. Er hält daran fest, daß die Organisation des Arbeiter- und Soldaten-Rates nur vorübergehend sein kann. Die endgültige innerpolitische Gestaltung Deutschlands muß Sache der Nationalversammlung sein. Jede Diktatur ist abzulehnen.“

Die Militär-Entlassungen.

„Geduld und Ruhe, bis jeder an der Reihe ist.“ Der Kriegsminister Scheuch erklärt einen Aufruf an die Soldaten, um dem ziellosen Heimlaufen vorzubeugen. Es heißt darin:

Es können nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der Flotte zugleich entlassen werden. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden!

Die Entlassung muß sich nach den Verkehrsverhältnissen richten, sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen. Darum Geduld und Ruhe bis jeder an der Reihe kommt. Im Heimateer ist für erste die Entlassung der älteren Jahrgänge bis 1879 einschließlich angedordnet, später werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten z. B. Befangenenbewachung, müssen warten, bis sie erlost sind. Leute aus dem unforheulichen Räumungsgebiet und aus den ... können sofort entlassen werden, wenn

Die nicht den Jahresschritten 1898 und 1899 angehören. Wer von seiner Formation aus irgendeinem Grunde abgetrennt ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubsschein in seine Heimat oder um einen Fahrchein zu seinem Ersatztruppenteil.

- Als Ordnungsprämien
a) unentgeltlich einen Entlassungsschein (soweit der Vorrat reicht)
b) ein einmaliges Entlassungsgeld von 50 Mark
c) als Marschgeld, soweit Marschgebühren nicht ausreichen, vom Truppenteil ein Pauschbetrag von 10 Mark.

Die Verbindung mit dem westlichen Rheinfluss. Auf Ersuchen des Soldaten- und Arbeiterrates in Mannheim war das Auswärtige Amt bei den Militärrechten Rheinufer vorstellig geworden. Das Auswärtige Amt verhandelt mit dem Feinde über die Befreiung der Einzelheiten des Waffenstillstandes und die Bedingungen der Bedingungen. Besondere, daß der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer ungehindert sein soll. Die Verhandlungen über den Abtransport am Rhein.

Die Verhandlungen über den Abtransport am Rhein. In Mannheim fand eine Konferenz des Rheinischen Abtransportes statt, in der über die Regelung des Abtransportes der zurückkehrenden Truppen und Schaffung einer Zentralinstanz für die Rheinlande Beschlüsse gefaßt wurden. In der Versammlung wurde bei Besprechung der Schwierigkeiten, die der Abtransport der ungeheuren Zahl von Truppen verursacht, bekanntgegeben, daß in den ersten Tagen von demobilisierten Truppenteilen die Verpflegungszüge geplündert und von einzelnen A. u. S. Mägen dazu übergegangen wurde, Lebensmitteltransporte für das Feldheer einzufordern. Die Beschlüsse der Zentralinstanz sind für die Zwecke der Zivilbevölkerung zu beschließen. Dadurch werden große Menschenmassen dem Hunger preisgegeben. Es wurden Anordnungen getroffen, damit die Heimfahrt der Soldaten in geordneten Bahnen vor sich geht, wozu es vor allem notwendig ist, daß der Eisenbahnverkehr zu und von der Front ungehindert weitergeht. Aus diesem Grunde muß der Personenverkehr auch einige Zeit gesperrt, der Güterverkehr eingeschränkt werden.

Zwischen Krieg und Frieden.

Deutsch-österreichische Note an Wilson. Ein von Dr. Bauer geschicktes Schreiben des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Neues Österreich an Wilson von der Proklamierung der deutsch-österreichischen Republik. Darin wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Wilson die Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich auf Wiederherstellung einer engeren staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland unterstützen wird. Der Präsident wird ersucht, baldmöglichste Gelegenheit zu Verhandlungen über einen Präliminarfrieden zu bieten. Mit großer Erregung wurde die Mitteilung des Präsidenten zur Mitteilung genommen, daß er deutsch-österreichisch durch Sendung von Lebensmitteln helfen wolle. Das Schreiben bittet den Präsidenten, diese Hilfe möglichst zu beschleunigen.

Deutschland und Oesterreich. Die deutsche Regierung erwartet Vertreter von Oesterreich in Berlin, um mit ihnen alle Fragen der Friedensverhandlungen zu erörtern. Eine Wiener Note an Wilson spricht die Hoffnung aus, daß er die Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich auf Wiederherstellung einer engen staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland unterstützen werde. Die deutsche Zentrumspartei erlöst einen Aufruf an Oesterreich, in dem sie erklärt: Wir erheben unsere freie Selbstbestimmung und gebotene Bruderhand. Die Zentrumspartei vereint alle deutschen Männer. Kommt zu uns, Brüder in Oesterreich! Das Erbe Bismarcks, das Erbe Buegers sollen vereint ein untrennbares Familienglied werden. Die Gedanken der christlichen Demokratie seien unser gemeinsames Ideal.

Die Verhandlungen in Spaen haben begonnen. Deutschland steht mit der Entente zurzeit in keiner Verbindung als der durch die Waffenstillstandskommission, deren Verhandlungen in Spaen eben beginnen. An deutscher amtlicher Stelle ist nichts von einer Forderung der Entente, den Kaiser in Anklagezustand zu versetzen, bekannt. Der englische Arbeiterminister Henderson erklärte am Freitag in einer Versammlung, daß jene Feinde, die die Kriegsgesetze verletzt hätten, vor einem Gericht verklagt werden sollten. Er sei aber nicht dafür, daß man einen U-Boot-Kommandanten anklage, während der Kaiser frei bleibe, oder daß ein General von der Front vor die Schranken des Gerichts gebracht werde, während der Kronprinz frei ausgehe. Man müßte an der Spitze beginnen. Danach ist nicht abzusehen, welche Forderungen die Entente noch erheben wird. Der Kaiser selbst soll den Wunsch geäußert haben, ihm Korfu als Aufenthaltsort zuzuwiesen. Eine der nächsten Entscheidungen, die in Spaen fallen müssen, betrifft die deutsche Forderung, daß während des Waffenstillstandes der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer keinerlei Veränderung unterliege.

Der U-Boot-Transport gesichert. Aus Wilhelmshaven wird berichtet, daß sich so viele U-Boote für den Abtransport der U-Boote nach England freiwillig gemeldet haben, daß diese Bedingung des Waffenstillstandes zweifelslos erfüllt werden kann. Die U-Bootsmannschaften werden dem Vaterlande auch die letzten schweren Dienst nicht verweigern.

Die Entente forderte zunächst 160 U-Boote, sagte später aber „alle gebrauchsfähigen“. Es darf leicht schon gesagt werden, daß die Bevollmächtigten der Entente hoch erstaunt waren, zu erfahren, daß die Zahl der gebrauchsfähigen U-Boote nicht die Höhe hat, die sie voraussetzten. Auch in der Heimat wird man dieses Erstaunen teilen.

Die Entscheidung über die deutschen Schiffe. Daily Mail berichtet, daß die endgültige Entscheidung über die ausgelieferten deutschen Schiffe auf der Friedenskonferenz getroffen werden wird. In der Liste der auszuliefernden Kriegsschiffe hat der Feind schon einige Änderungen vorgenommen. Bezüglich der U-Boote wird mitgeteilt, daß die in Schweden und Norwegen während der letzten Woche internierten U-Boote übergeben werden müssen.

Zahlreiche Luftflugzeuge ausgeliefert. Von englischer Seite wird berichtet, in den letzten drei Tagen hätten die britischen Luftstreitkräfte mit der deutschen Küstenschutztruppe gehalten und höchst befriedigende Fortschritte nach dem Rhein gemacht. Eine große Zahl von feindlichen Flugern lagern, die letzten Montag noch in Feindeshand gewesen seien, seien jetzt Hauptquartiere der britischen Kampf-Flugzeug- und Bombengeschwader.

Deutscher Protest gegen Fochs Vorwürfe. Der feindliche Oberbefehlshaber Foch hat in einem Punkt die deutschen Truppen Plünderungen und sonstige Vergehenshandlungen der belgischen Bevölkerung vorgeworfen. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf erwidert: Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder aufs eindringlichste betont, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unabweislich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. Gegen die zu unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methoden seitens der alliierten Heeresleitung ihr wirksame Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für Schutz und Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in einem Geiste durchgeföhrt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt. Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen, ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

Rohstoffe von der Entente. Die feindlichen Länder haben ein großes Interesse daran, daß in Deutschland die aus dem Heere entlassenen Arbeiter schnell Arbeit erhalten; denn wenn sie in großen Massen arbeitslos werden, stürzt das den Bolschewismus, der ja nur aus dem Reiche der Verzweifelten aufzuwachen vermag. In einer englischen Ministerkonferenz wurde mitgeteilt, daß bereits Beamte aus England abgereist seien, um einer Konferenz in Haag beizuwohnen, die sich in erster Linie mit der Lebensmittelversorgung und dann auch mit der Lieferung von Rohstoffen beschäftigen würde.

Wünsche auf das Rheinland? Beim Abschluß der Waffenstillstandsbedingungen wurde versichert, die Besetzung des linken Rheinufers sei nur für die Dauer des Waffenstillstandes in Aussicht genommen. Im Rheingebiet herrscht aber die Auffassung, die Entente warte, wenn sie erst im Besitz sei, Anzessionswünsche zu äußern. Um dagegen zu wirken, behauptet eine gewisse Richtung, daß die Rheinprovinz für den Gedanken, einer Ausnutzung der Rheinprovinz als Republik. In Koblenz faßte eine Versammlung von 3000 Personen einen dahingehenden Beschluß.

Der deutsche Durchzug durch Holland. Am Donnerstag und Freitag zogen 30 000 deutsche Soldaten über die holländische Grenze, um so den Weg nach Deutschland abzukürzen. Sie waren ohne Waffen. Die Holländer räumen dem Durchzug nach, daß er sehr ruhig und ordentlich verlaufen geht.

Ein neuer Aufruf des Zentrums, bzw. der in Berlin anwesenden Parlamentarier des Zentrums sagt unter anderem: Keine Zeit darf nutzlos verloren gehen. Die Wahlen zur Nationalversammlung müssen sofort ausgeschrieben werden. Bis dahin ist für uns vom Zentrum der Reichstag die gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes. Gemäßt nach dem bisher frischen und demokratischen aller europäischen Wahlrecht ist die unverwundliche Basis unserer staatsbürgerlichen Rechte. Vereint Euch zum Schutz dieser Rechte. Nehmt überall teil an der Fortführung der öffentlichen Geschäfte in Stadt und Land, Gemeinde und Provinz, Staat und Reich. Bildet überall Ausschüsse, die nicht weniger zäh und energisch wie die Feinde der Ordnung, Arbeiter, Bauern, Beamte, Bürger, laßt Euch zur tatkräftigen Wahrung Eurer gemeinsamen Sache einstimmen! Tut dies überall unbekümmert, ob Euer Wirkungskreis klein oder groß sei. Schafft in eintem Wirken ein Gesamtbild dessen, was in uns in Kraft lebt.

Der Aufruf wendet sich dann an die Frauen: Legt ab die Scheu, Euch in den Väm des öffentlichen Kampfes zu üben und kommt zum Schluß auf die abschließende Frage: Solange es ein Zentrum gab, sind wir für Eure Rechte und Freiheit eingetreten. Auch heute kämpfen wir für Eure Sprache, für Eure Kultur, für Eure Freiheit als Katholiken, für die Erhaltung Eures blühenden Wirtschaftslebens, das Ihr der Welt vereint mit uns verdankt. Gewalt kann Einheit und Freiheit nicht aus der Welt schaffen. Wir sind sicher, daß der Zug des Herzens und die Stimme des Verstandes Euch bestimmen werden, das zu bleiben, was Ihr seit einem Jahrtausend seit.

Englische Landungen in deutschen Bajan. Der Feind hat sich die Beaufsichtigung der in deutschen Flottenstützpunkten entwaффneten deutschen Kriegsschiffe vorbehalten. Es ist mithin damit zu rechnen, daß Wilhelmshaven und andere Orte an der Küste eine englische Besetzung erhalten. Mithin ist in dem Erscheinen englischer Kriegsschiffe kein feindlicher Akt zu erblicken. Die Meldung, von englischer Seite sei die Funkstation Warnemünde besetzt worden, ist indessen falsch.

Englischer kleiner Kreuzer torpediert. Ein zurückgekehrtes U-Boot berichtet, daß es am letzten Tage des Krieges, am 10. November, einen englischen kleinen Kreuzer torpediert und versenkt habe. Ein Linienerschiff „Schlesien“ in Kiel. Entdecken dem Gerücht, daß das Linienerschiff

Die sofortige Einberufung der Nationalversammlung verlangt ein Aufruf der christlich-nationalen Gewerkschaften. Mit aller Entschiedenheit fordert der Ausschuss von den derzeitigen Machthabern die unverzügliche Hochachtung der demokratischen Grundgesetze, die sie zu ihrer eigenen Legitimation anführen und zur Grundlage jeder Regierungsform gemacht wissen wollen. Die schnelle Einberufung einer konstituierenden deutschen Nationalversammlung ist erstes Erfordernis. Die Vorarbeiten dafür sind unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben nach den Grundgesetzen des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl und Sicherung vollkommener Wahlfreiheit zu erfolgen. Durchschlagende Maßnahmen sind zu treffen zur Sicherung der persönlichen Freiheit und der Ausübung der freien verfaßten staatsbürgerlichen Freiheiten des Verkehrs, Press-, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie der religiösen und staatsbürgerlichen Ueberzeugung und Betätigung. Der Aufruf fordert dann die christlich-nationalen Arbeiter zur Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten auf.

TU Genf, 18. Nov. Wie der Matin feststellt, werden die Ansprüche Frankreichs an Deutschland 340 Milliarden betragen. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen: Rückzahlung der 5 Milliarden Kriegskosten von 1870 mit Zins und Zinseszins 140 Milliarden für Invalidenpension 50 für Kriegskosten 50 zum Wiederaufbau und als Schadenersatz 100

Die vorherige Anerkennung dieser Gesamtsumme ist, wie das Blatt hervorhebt, die Vorbedingung der Friedensverhandlungen. Alle anderen Ententeänder würden ähnliche Forderungen stellen, sodah das deutsche Nationalvermögen zur Begleichung nicht ausreicht.

Weshalb die Flotte meuterte? Der Aufruf zur Revolution — ein Irrtum. Nach übereinstimmenden Berichten aus den Matrosenkreisen ging vor etwa drei Wochen durch die ganze Hochseeflotte mit ihren 80 000 Mann Besatzung das Gerücht, die Regierung plane den gewaltigen Versuch, mit Einsatz der ganzen Flotte gegen England eine große Seeschlacht zu wagen. Insbesondere im 3. Geschwader wurde durch Offiziere für den Gedanken Stimmung zu machen gesucht, anstatt die deutsche Flotte auszuliefern, lieber mit ihr unterzugehen. Dabei habe sich, heißt es, besonders der Kommandant der „Markgraf“ hervorgetan. Als dieses Schiff nun über seinen Bestand von 2600 Tonnen hinaus noch Kohle einnehmen sollte, glaubten die Matrosen den Schluß ziehen zu können, daß es jetzt mit einem Vorstoß gegen England Ernst würde und weigerten sich, weiter Kohlen an Bord zu nehmen. Darauf ließ der Kommandant die widerspenstigen Decker, etwa 30 an der Zahl, festnehmen und gleichzeitig den Befehl ergehen, das 3. Geschwader nach Kiel zu rufen, um damit ein Uebergreifen auf die übrigen Teile der Flotte in Wilhelmshaven zu verhindern. So kam das 3. Geschwader am 31. Oktober nach Kiel, wo die verhafteten Decker sofort an Bord der „Markgraf“ in das Marinearrestlokal abgeführt wurden. Diese Maßnahme durch die Streikflotte erregte bei der Mannschaft große Erbitterung, und ihr Bestreben ging nun dahin, die Gefangenen zu befreien. Zu diesem Zwecke wurde auf den 1. November nach dem Kieler Gewerkschaftshaus eine Versammlung einberufen und in dieser Versammlung ein Kieler Matrosenrat gegründet. Von da an datiert dann der Beginn der Revolution.

Was lag dem Schlichtergerücht zugrunde? Von amtlicher Berliner Marinestelle wird jetzt ein Plan für die Flottenoperation, deren Ausführung von der Besatzung verweigert worden ist, mitgeteilt: Der Feind hatte durch das Freiwerden der flammenden Küste die Möglichkeit erhalten, das Material, das er zur Fortführung seiner Angriffe brauchte dort zu landen. Um ihm diese Vorbereitung seiner Basis zu erschweren und den rechten Flügel der deutschen Armee zu entlasten, sollten leichte Seestreitkräfte, in der Hauptsache U-Boote, die Zufuhr nach Flantern von der Themse aus, sowie von der Südküste Englands her stören. Die leichten Seestreitkräfte sind im Laufe des Krieges zum gleichen Zweck hundertmal in derselben Weise vorgestoßen. Zum Schutz dieser Streitkräfte mußte die Hochseeflotte eine Aufnahmefähigkeit einnehmen. Auch das ist in gleicher Lage stets geschehen.

Es war also keine Rede davon, daß blind und sinnlos auf den Feind vorgestoßen werden sollte. Der Zweck der Operation war, den Verkehr zu stören und feindliche Streitkräfte dabei eventuell anzugreifen. Diese Ueberlegung entsprach stets aus, wenn ihnen das Auslaufen der deutschen Flotte bekannt wurde, und man hatte die Erfahrung, daß das 7-10 Stunden nach erfolgtem Auslaufen geschehen war.

Von dem Flottenplan hatten nur der Flottenchef und zwei Admirale gewußt; es ist also ausgeschlossen, daß die Matrosen davon vorher eine Kenntnis hatten. Ihre Weigerung stützte sich mithin lediglich auf dunkle Gerüchte, denen keine Tatsachen zugrundelagen.

Englischer kleiner Kreuzer torpediert. Ein zurückgekehrtes U-Boot berichtet, daß es am letzten Tage des Krieges, am 10. November, einen englischen kleinen Kreuzer torpediert und versenkt habe.

Ein Linienerschiff „Schlesien“ in Kiel. Entdecken dem Gerücht, daß das Linienerschiff

„Schlesien“ auf einer Fahrt nach den norwegischen Gewässern torpediert worden und gesunken sei, wird mitgeteilt, daß die „Schlesien“ am 14. November abends in Kiel eingelaufen sei und beabsichtigt, dort in die Werft zu gehen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 16. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten hat Prof. Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern ernannt.

Die Geschäfte des Reichskolonialamts führt Dr. Solz, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, weiter.

Die stellv. Generalkommandos, der Generalkommando und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandoebenen Folge zu leisten.

Klammationen einzelner Marineangehöriger kann entprochen werden, soweit die noch zu leistenden militärischen Aufgaben dies zulassen. Klammationen sind unmittelbar an die Marineteile einzureichen.

Die Annahme von Privatpaletten und Privatfrachtkästen an Heeresangehörige im Osten wird von sofort ab eingestellt. Der bereits gesperrte Verkehr nach dem Westen und Süden wird nicht mehr aufgenommen.

In Bremen erfolgte die offizielle Übernahme des Rathauses durch den Arbeiter- und Soldatenrat. Derselben wohnten außer einer mehrtausendköpfigen Volksmenge eine Abteilung der Garnison nebst der Militärkapelle bei.

Die Gestaltung der sozialen Dinge. Die gesamte Beamtenschaft der Fürstentümer Gruben hat in den Fürsten Pleß ein Ultimatum gesandt, in dem sie bis Freitag mittag die Entlassung des Generaldirektors Reindorf und des Bergwerksdirektors Walzer fordert. Falls die Entlassung nicht sofort erfolgen sollte, wurde der sofortige Streik angekündigt. In der Begründung heißt es: „Die Gründe zu dieser Forderung liegen in der jahrelangen brutalen Behandlung und der völligen Vernachlässigung und Verleumdung der Lebensinteressen der Beamten und Arbeiter und in der dauernden Unterdrückung jeder persönlichen Meinungs- und Willensäußerung in der Politik.“ Dazu wird berichtet, daß die beiden Herren bereits die Konsequenzen gezogen und den Abschied genommen haben. Er ist ihnen vom Fürsten bewilligt worden.

Zum Schutze des Privateigentums hat der Berliner Sicherheitsdienst folgende Verordnung erlassen:

„Niemand hat das Recht zu Beschlagnahmen des Privateigentums. Die bestehenden Gesetze haben durchaus ihre Gültigkeit behalten. Nur auf Grund von amtlichen Verfügungen des Kriegswirtschafts- und der Gerichtsbarkeit sind derartige Maßnahmen in Kraft.“

Laßt Euch nicht einschüchtern: es ist niemand berechtigt, Privateigentum anzugreifen. Verlangt sofortige Hilfe, schickt sofort die Nachbarschaft zu dem mit hilfsbereiten Soldaten besetzten nächsten Polizeirevier. Uebergriffe werden strengstens durch Strafgerichte geahndet; Erpressungen und Plünderungen werden eventuell durch sofortige Erschießung im Keime erstickt.

Neue Steuergesetze. Mäßig einfach. Haase und Ebert verordnen einfach:

„Die Vorschriften in § 214. des Gesetzes über Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 351) werden auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Gesellschaften in die Kriegsteuerrücklage 80 vom 100 des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen haben.“

Offenbar soll jetzt den Kriegsgewinnern grüßlich zu Leibe gegangen werden: was übrigens sehr zu begrüßen ist und längst allem Widerstande zum Trotz hätte geschehen müssen. — Nachher wird ein großer Teil, besonders des Immobilienkapitals, schon verschoben werden. Die Nahrungsmittelschieber, um die es sich ja besonders handelt, verstehen sich ja darauf.

Lokales und Provinzielles.

*** Weisenheim 19. Nov.** Bei den vielen Truppentransporten, die augenblicklich unsere Stadt berühren und die erfahrungsgemäß das Interesse der Kinder in hohen Maße erregen, sieht man sehr oft, daß die heimkehrenden Soldaten den Kindern, aber auch Erwachsenen alle möglichen Ausstattungsgegenstände schenken und verkaufen. Wir wollen nicht verschweigen auf das Gefährliche hierbei hinzuweisen. Bekanntlich hat bereits der Arbeiter- und Soldatenrat in Wiesbaden, bekannt gemacht, daß alle, die auf diese Art erworbene Gegenstände der Ausrüstung in ihrem Besitz haben, bei der Auffindung schwere Strafen zu erwarten haben. Besonders gefährlich ist es aber, wenn die Zivilbevölkerung sich in den Besitz von Waffen oder Munition setzt, denn abgesehen davon, daß durch die Spielerei mit derartigen gefährlichen Sachen schweres Unglück eintreten kann, können sich die Besitzer solcher Gegenstände bei einer möglichen Durchsuchung bei der Besetzung große Unannehmlichkeiten zuziehen.

*** Weisenheim, 19. Nov.** Die Frage der Einquartierung beschäftigt seit einigen Tagen die Bevölkerung unserer Stadt. Wir können aus zuverlässiger Quelle mitteilen: Es ist für die nächste Zeit bereits eine kleinere Einquartierung angelegt, die jeden Tag eintreffen kann. Für die nächste Zeit ist aber noch mit weiterer und voraussichtlich zahlreicherer Einquartierung zu rechnen, wenn unsere Truppen, die größtenteils den Rückmarsch aus den feindlichen Ländern zu Fuß zurücklegen, das Rheinufer erreicht haben. Von unserer Stadtverwaltung sind nun für die Einquartierung folgende Richtlinien festgelegt worden. Jede Einquartierung soll, so weit es eben die vorhandenen Räumlichkeiten zulassen, in Massenquartieren untergebracht werden, ebenso ist die Unterbringung der mitgeführten Pferde etc. Sache der Stadt, die so weit möglich für Stallung und auch für die Streu sorgen wird. Die Verpflegung der Soldaten wird von ihnen selbst gestellt, ebenso wie die Fournage für die Pferde. Sollte jedoch bei einer sehr großen Anzahl der unterzubringenden Mannschaften

es sich nicht vermeiden lassen, daß auch die Einwohnerschaft mit Einquartierung belegt werden muß, so wollen sich die Betroffenen sagen, daß unsere Truppen, die so lange Jahre an der Front für uns Stand gehalten haben, eine möglichst freundliche und aufmerksame Aufnahme erwarten dürfen.

*** Weisenheim, 16. Nov.** Da es von großer Wichtigkeit ist, daß sich alle Frauen und Jungfrauen an den Mittwoch um 3 Uhr mittags in der Germania stattfindenden Vorträgen beteiligen, fällt der Vortrag nachmittags 6 Uhr für die Mitglieder des kath. Frauenbundes aus. Der Vortrag wird hierdurch verschoben. Ein denkwürdiger Stiftungstag! Heute wird uns Frauen Aufklärung zu teil, über eine uns bisher so fernstehende Pflicht: — hinzutreten zur Wahlurne. Schnell werden wir unserer Pflicht bewußt sein, es ist keine Gefahr, daß das Heiligste, was jeder Frau teuer ist, die Stätte des häuslichen Herdes darunter leidet.

*** Weisenheim 20. Nov.** Anmeldungen bei dem Bezirkskommando in Wiesbaden Vertramstraße 3 können des starken Andrangs wegen, nur von 8.30 bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. angenommen werden.

KA Weisenheim, 19. Nov. In der am 18. des Mts. beginnenden 5. fleischlose Woche wird wieder eine kleine Ration Mehl als Ersatz für Fleisch zur Verteilung kommen.

*** Weisenheim 19. Nov.** Für die am 18. Nov. beginnende Woche kann die Aufbringung und Herausnahme von Vieh und Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in die Wege geleitet werden. Es muß daher dabei verbleiben, daß die Woche vom 18. bis 24. Nov. fleischlos ist. Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein. Die für Dez. 1918 und im Januar 1919 in Aussicht genommenen fleischlosen Wochen werden in Wegfall kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende Demobilisierung die nötigen Fleischmengen für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung frei werden.

AA Weisenheim 19. Nov. Betr. Kriegsgefangene. Zufolge des durch den Waffenstillstand bedingten allgemeinen Abschlusses familiärer Kriegsgefangener und der großen Transportchwierigkeiten können Neugestellungen sowie Ersatzgestellungen für erkrankte und entwichene K. G. unter keinen Umständen mehr erfolgen. Es ist daher zuwider, wenn Arbeitgeber sich mit solchen Gesuchen an die Inspektion wenden. Da außerdem die angekündigten Zurückziehungen aus der Landwirtschaft für Industrie und Forst nicht mehr zur Ausführung kommen, sondern die K. G. bis zum entgeltlichen Abtransport bei ihren Arbeitgebern verbleiben müssen, können die einzelnen Wirtschaftskreise durch Umstellung innerhalb ihrer Gemeinden in den dringenden Fällen helfen. Die Inspektion bringt außerdem noch folgende Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates zu Kenntnis. Verbot vorzeitiger Entlassungen von Kriegsgefangenen. Es ist vorgekommen, daß Arbeitgeber von ihnen bis jetzt beschäftigte Kriegsgefangene ohne weiteres in die Gefangenenlager zurück gebracht haben, trotzdem sie der Stelle angewiesen waren, diese unter allen Umständen bis zum Abruf durch die Lager zu halten. Dies kann wegen der bei einem solchen Verfahren unausbleiblichen Ernährungs- und Transportchwierigkeiten sowie wegen Ueberfüllung der Lager nicht gebuldet werden. Alle Arbeitgeber von Kriegsgefangenen haben daher diese — selbst wenn sie augenblicklich unbeschäftigt sind — bis zum Abruf durch die Inspektion der Kriegsgefangenenlager oder die Lager in der seitherigen Weise weiter zu halten, zu bewachen und zu verpflegen, vorbehaltlich nachträglicher Regelung etwaiger Ersatzansprüche für gewährte Verpflegung usw. durch die Inspektion der Kriegsgefangenenlager. Zuwiderhandelnde werden von dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verantwortung gezogen werden.

*** Müdesheim, 18. Nov.** Im Bereiche des hiesigen Bahnhofs wurde eine Schaffnerin aus Frankfurt a. M. von einem Güterzug überfahren. Sie war sofort tot. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle gebracht.

*** Schirrhein 16. Nov.** Frau Julie Schäfer, geb. Schröder, die vor drei Wochen, infolge eines Anfalles von Schwermetall den Tod in dem Rhein gesucht und gefunden hat, ist in Eltville gelandet worden.

*** Vom Rhein 17. Nov.** Der Wasserstand des Rheines geht noch immer zurück. Bereits sind auf der ganzen Mittelrheinstraße die ganzen Sandbänke sichtbar geworden und unter der Oberfläche des Stromes verborgen gibt es ausgiebige Sandbänke, die ihrerseits für den Schiffsverkehrsrecht gefährlich sind. So wird der Wasserstand immer ungünstiger und gestattet nur noch Teilladungen für den Verkehr von den Rhein-Mühlhäfen nach dem Mittel- und Oberrhein. Der Finger Regel stand heute noch auf 1.36 Meter, im Rheingau ist also nur noch eine geringe Fahrtiefe vorhanden. Man wird wohl mit Schiffsunfällen, die sich infolge des niedrigen Wasserstandes in der nächsten Zeit ereignen werden, rechnen müssen. Der Nebel kommt als Schiffsfahrtsbehinderung gegenwärtig nicht in Betracht. Am Oberrhein geht das Wasser noch immer zurück, ebenso fällt der Bodensee noch und bei der gegenwärtigen kälteren gewordenen Witterung ist mit einem Zuwachs fürs erste nicht zu rechnen.

*** Frankfurt 18. Nov.** Im Norden des Reiches scheint bereits reichlich Schnee gefallen zu sein. Wenigstens sind die Hügel die von Cassel und Wehra hier durchkommen mit Schnee bedeckt. Von heute Montag ab fallen alle Schnellzüge zwischen Frankfurt, Berlin und Hamburg aus. Der Zivilverkehr ist für die Schnellzüge auf der Strecke Frankfurt-Heidelberg nach Süddeutschland gesperrt. Am Sonntag wurden am Frankfurter Hauptbahnhof 7000 Soldaten verpflegt. Es passierten Frankfurt 55000, dazu kommen 5000 Gefangene, von denen 2000 verpflegt wurden. Das sind Zahlen die an den Verkehr von 1914 erinnern. Alle Transporte werden angemeldet, sobald Vorseorge getroffen werden kann. Vom Oberverpflegungsamt in Darmstadt wurde eine Statistik angefertigt, die ergab daß von sämtlichen in Hessen vorhandene 132 Krankenhäuser über 25000 Personen an Grippe erkrankten. Davon sind 505 Todesfälle zu verzeichnen.

*** Aus Rheinhessen, 17. Nov.** In der mittleren Provinz wurden in letzter Zeit mehrfach Abschlüsse in 1918er

Weinen vollzogen. In Würzburg gingen einige Posten zu 2800 und 3000 M. das Stück in anderen Besitz über. In Eßenheim wurden 3000—3070 M. Spiesheim 2600—2650 M. Arnheim 2900—3000 M. Spiesheim 2600—2700 M. Weinheim 2700 M. für das Stück 1918er bezahlt. Der Geschäftsgang war im übrigen sehr langsam. Die Forderungen waren zu hoch, als daß dazu Verkäufe zustande kommen konnten. Auch die Nachfrage ist nicht bedeutend und regelmäßig handelt es sich um kleinere Umsätze. In 1917er Weinen geht es ähnlich, nur würde man diese teureren Gewächse gerne abstoßen.

Evangelische Gottesdienstordnung in Weisenheim. Mittwoch, den 20. Nov. 1918. Puh- und Vortrag. Vorm. 9^h Uhr. Gottesdienst.

Spielplan des Nassauischen Landestheater zu Wiesb. vom 20. bis 24. Nov. 1918.

Mittwoch, II. „Symphoniekonzert“
Donnerstag, Ab. A: „Mignon“
Freitag, Ab. B: „Die verlorene Tochter“
Samstag, Ab. C: „Die toten Augen“
Sonntag Ab. D: „Königsfinder“

Aus aller Welt.

„Viel Lärm um nichts.“ In helle Aufregung wurde die Bevölkerung in Kleve am Niederrhein durch Alarmierung des Bataillons veretzt. Auf dem Jahnhof wurden Maschinengewehre aufgestellt. Die Straßen nach Hoch und Calcar wurden besetzt. Es war mitgeteilt worden, daß eine hundertköpfige Bande, die von mehreren Orten des Kreises Geldern ausgeplündert hatte, im Anmarsch auf Kleve sei. Die Ruhestörer kamen aber nicht nach Kleve, da sie schon in Straelen überwältigt worden waren.

Der Selbstmord eines elfjährigen Schulmädchens wird aus der Sudenerstraße in Berlin gemeldet. Dort hatte eine Hedwig K. ohne Wissen und Willen der Eltern Kohlen und Kartoffeln verschickt. Als der Vater sie dafür bestrafen wollte, sprang sie in einem unbewachten Augenblick aus einem Fenster der im dritten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und starb sofort an einem Schädelbruch.

Schwere Ausfressungen sind bei der Revolution in Moskau vorgekommen. Ihren Anfang nahmen sie im Oktober als der Plutokrat (Altenkafarne), wo die ganze Einrichtung demoliert und große Mengen Gegenstände aus den Beschlagnahmungskammern weggeschleppt wurden. Von dort zog sich die Menge zu allen übrigen Kasernen und wütete in gleicher Weise. Außerdem wurden rund 40 Geschäfte aller Branchen geplündert und die Fenster Scheiben dabei zertrümmert.

In der Rotwehr erschossen wurde Pferdehändler Kirschling aus Raulappen bei Tilsit. Er war angetrunken und belästigte alle in einem Kolosse anwesenden Personen mit einem Revolver und wollte schließlich gegen einen Gast tödlich vorgehen. Man rief eine militärische Wache zur Hilfe. Als auch diese bedroht wurde, schoß sie den Widerspenstigen nieder.

Die letzte Begräbnung Wilhelm 2. laut Nekrolog vom 1. Oktober hat der Kaiser den Ausstatter M. Weisfel aus Bonn, der wegen Ermordung seines Kindes am 23. Juli d. J. zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslänglichem Zuchthaus beantragt.

Bauern und Landbewohner! Ländliche Arbeiter und Handwerker!

Als Vertretung der Bauern, Handwerker, gewerblichen Arbeiter und der ganzen werktätigen Landbevölkerung Nassaus hat sich heute der provisorisch

Nassauische Landes-Bauernrat

gebildet. Dieser wird gemäß Erlaß der preussischen Landesregierung vom 14. November 1918 gemeinschaftlich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat als Kontrollinstanz zu den Verwaltungsbehörden hinzutreten.

Die endgültige Wahl des Nass. Landes-Bauernrats wird demnächst durch die Kreis-Bauernräte erfolgen.

Der Nass. Landes-Bauernrat soll alle Kräfte der Nassauischen Landbevölkerung zur gemeinsamen Mitarbeit an der Neuordnung zusammenschließen.

Darum:

Wählt in den Gemeinden, in denen dies noch nicht geschehen ist, sofort Bauernräte, oder, je nach den örtlichen Verhältnissen gemeinsame Bauern- und Arbeiterräte!

Wahlberechtigt ist jedes werktätige Gemeindeglied über 20 Jahre beiderlei Geschlechts, auch die mitarbeitenden Familienangehörigen (Frauen, Söhne und Töchter), sowie die Arbeitnehmer (Dienstboten, gewerbliche Gesellen und Gehilfen).

Die örtlichen Bauernräte bilden sofort einen Kreis-Bauernrat.

Die Kreis-Bauernräte wählen alsbald je einen Vertreter sowie einen Stellvertreter für den Nassauischen Landes-Bauernrat.

Landbewohner!

Wie alle sind heute mehr als je verpflichtet, an den öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen und an der Neuordnung mitzuarbeiten. **Not, Elend und Zusammenbruch sind sonst die unausbleiblichen Folgen.**

Wiesbaden, den 16. November 1918.

Rheinstraße 92.

Der prov. Nassauische Landes-Bauernrat:

Barthmann-Wahlstr. Frankfurt a. M. Esel II. Montabaur. Esinger-Kaustadt. Ettingshausen-Dattelnheim. Fezer-Falkenstein. Gottschalk-Grünhof. Haymann-Niederweien. Hepp-Seelbach. Kallinger-Wahlen. Kraft-Wiesbaden. Nieder-Wiesbaden. Müller-Wiesbaden. Nunt-Schnepfenhausen. Rolden-Frankfurt a. M. Reitsch-Wiesbaden. Rühl-Wiesbaden. Söllmer-Wiesbaden. Weib-Graben.

Der Nassauische Landes-Bauernrat hat folgende Personen als **Geschäftsführenden Ausschuß** bestellt:

Kraft, Esinger, Dorny, Vieber, Peres.

Versammlung.

Mehrere Redner werden sprechen über:

Die neue Zeit und unsere Aufgaben.

Unsere Mitglieder sowie alle Einwohner, insbesondere auch Frauen, sind hierzu eingeladen.

Männerverein.

Volksverein, Ortsgruppe Geisenheim.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Staatskommissars für Demobilisierung gebe ich bekannt, daß der Zivilbevölkerung das Verlassen sowohl des linksrheinischen Gebietes als auch des 10 Km. breiten rechtsrheinischen neutralen Streifens verboten ist.

Fortbeförderung durch die Bahn ist unmöglich. Größte Ernährungsschwierigkeiten würden unausbleiblich sein.

Jeder schützt sein Eigentum am besten, indem er selbst dableibt. Aufrechterhaltung der Ordnung und des Wirtschaftslebens erfordern jeden an seinen Platz.

Reisen sind nur noch gegen besonderen Reisefchein gestattet; ausgenommen ist nur der Arbeiter- und Berufsverkehr. Zur Ausstellung der Reisefcheine sind bis auf weiteres nur die Ortspolizeibehörden im Einvernehmen mit den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten berechtigt.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich um ortsüblich: Bekanntgabe.

Rüdesheim, den 14. November 1918.

Der Landrat.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, den 19. Nov. 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Meine Anordnung vom 27. August 1917 betreffend Verdunkelungsmaßnahmen wird hiermit aufgehoben.

Ich ersuche um weitere Veranlassung wegen ortsüblicher Bekanntgabe, auch wegen Beteiligung der Blinden an den Straßenlaternen.

Rüdesheim, den 14. Nov. 1918.

Der Landrat.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, den 19. November 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Kartoffelbestandsaufnahme.

Am 22. d. Mts. findet eine Kartoffelbestandsaufnahme bei der Gesamtbevölkerung des Rheingaukreises statt. Die Aufnahme hat den Zweck, in möglichst einwandfreier Weise den tatsächlichen Bedarf des Kreises festzustellen und die erforderlichen Zuschußmengen zu ermitteln. Es werden allen Haushaltungen Vordrucke zugehen, auf denen die Angaben wahrheitsgemäß niederzuschreiben sind. Die ordnungsgemäß und vollständig ausgefüllten Vordrucke sind am 22. d. Mts. bei den Bürgermeisterämtern der Wohngemeinden abzuliefern, die sie an den Kreisaußschuß weitergeben. Die Angaben werden durch Volkskommissionen auf ihre Richtigkeit nachgeprüft und falsche Angaben strafrechtlich verfolgt.

Rüdesheim, den 14. Nov. 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, den 19. Nov. 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Aufruf zur Beteiligung an den Nachprüfungen der Kartoffelbestände.

Für die Nachprüfung der Kartoffelbestandsaufnahme durch örtliche Besichtigung der Kartoffelbestände im Rheingaukreise werden hiermit geeignete Personen, vornehmlich aus Verbraucherkreisen aufgefordert, sich bei den Bürgermeisterämtern ihrer Wohngemeinden oder bei uns sofort schriftlich oder mündlich zu melden. Die Kommissionen werden von uns zusammengestellt und auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Als Vergütung werden 10 Mk. für den Tag gewährt.

Rüdesheim, den 15. Nov. 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, den 16. November 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Der auf Mittwoch den 21. ds. Mts. festgesetzte Verkauf von Grikettsabfällen, Torf und Chloralkalium fällt des Feiertags wegen aus und findet in den festgesetzten Stunden am nächsten Donnerstag statt.

Geisenheim, den 18. Nov. 1918.

Der Magistrat: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Dem Bäckermeister Wendlin Sörzel ist die Genehmigung zur Herstellung von Backwaren erteilt. Einwohner, die ihre Waren von Sörzel zu beziehen wünschen, wollen dieses unter Vorlage ihrer Brotkarte hier anzeigen.

Geisenheim, den 18. Nov. 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

Dienstag, den 19. November 1918, abends 8 Uhr im Saale der „Germania“ zu Geisenheim

Oeffentliche Volks-Versammlung.

Thema: **Die politischen Ereignisse und unsere Aufgaben. :-:**

Alle Parteien sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Sozialdemokratische Partei.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in Weinbergspfählen.

Cannene, geriffene Kieferne, Gold-Lärche Primijia, gesägte, kyanisierte, Rundstäbe kyanisiert, Weinbergstücker imprägniert und kyanisiert, in Länge von 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl Pfähle zur Baumpflanzung imprägniert und kyanisiert.

Imprägnierte Pfähle zur Baumanlage in 2 bis 4 Meter Länge 5-12 Zentimeter Topfstärke. Wer jetzt kauft und bezieht tut gut daran.

Verkauf ab Lager gegen Kasse, Versand gegen Nachnahme.

Elisabeth Dillmann.

vorm. Gregor Dillmann.

Bekanntmachung.

Die Bezugscheine für die f. Rt. von der landw. Bevölkerung bestellten Schuhe sind jetzt eingetroffen und können am Donnerstag vormittag auf hiesiger Bürgermeisterei abgeholt werden. Die Schuhe sind erhältlich bei Ferdinand Hermes, Rüdesheim und Wilh. Philipp in Eltville.

Geisenheim, 19. Nov. 1918.

Der Magistrat: Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Alle Soldaten, Mannschaften wie Offiziere, welche sich unerlaubt von ihrem Truppenteil entfernen, haben nicht nur strengste Bestrafung zu gewärtigen, sondern haben auch keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten, Verpflegung und Quartier. Sie gehen jedes Anspruchs auf Rente, Entlassungsgebühr von 50 Mark, Marschgebühr, Anzug verlustig.

Wer nicht ordnungsgemäß entlassen in das besetzte Gebiet kommt, setzt sich der Gefahr der Internierung aus.

Wer sich unerlaubt von seinem Truppenteil entfernt hat sich sofort auf dem nächsten Garnison-Kommando oder Bahnhofs-Kommandantur zu melden. Diese sorgen für Verpflegung, Unterkunft und Weiterbeförderung zum Ersatz-Truppenteil bezw. Entlassung zum Bezirkskommando des Heimatortes gemäß den Verfügungen des stellv. Generalkommandos.

Alle Zivilbehörden sind angewiesen, keinerlei Lebensmittelkarten auszugeben, keine polizeiliche Anmeldung entgegenzunehmen und keine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln ohne vorschriftsmäßigen Entlassungsausweis.

Kameraden! Sorgt für Ordnung damit der Feind nicht einmarschiert um diese Ordnung herzustellen.

Kameraden! Der Feind schließt keinen Frieden, wenn in Deutschland keine Ordnung herrscht.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Stellv. Generalkommando 18. A. K.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (18. Jahrg.) Exp.: Winkeler Landstrass 55b Fernsprech-Anschluss Nr 123

Hotel, Restaurant, Cafe Hotel zur Linde Telefon Nr. 205.

Kathol. Frauenbund Deutschlands :::: Zweigverein Geisenheim 6. Stiftungstag.

Dem Ernste der Zeit entsprechend wird in diesem Jahre von einer weltlichen Feier des Stiftungstages abgesehen. Die Mitglieder mögen sich aber desto zahlreicher an der kirchlichen Feier beteiligen. Mittwoch ist in der zweiten Messe Generalkommunion-Gelegenheit zur hl. Beichte ist. Dienstag von 4 Uhr ab. Nachmittags mögen sich alle Mitgl. an den Vorträgen die um 3 Uhr in der Germania stattfinden beteiligen. Der Vortrag um 5 Uhr fällt aus.

Der Vorstand. Siehe Artikel.

Steingut-Futtertröge und Rauten für Kaninchen

empfehlen Pet. Jos. Klein, Geisenheim Steinheimerstr. 5.

Ohnena-Fleischextrakt Erjag

eingedickte Suppenwürze frisch eingetroffen. Frau Rothhaupt Marktstraße.

Alle Obstarten

laufs fortwährend Franz Hüfner. Geisenheim, Bollstraße 9

Besuchskarten :: Buchdruckerei Jander

Prima Schöfferhof Flaschenbier A. Bach (zur Krone.)

DRUCKSACHEN

IN EINFACHER UND FEINER AUSFÜHRUNG LIEFERT DIE BUCHDRUCKEREI A. JANDER

Kriegs-Trauerbildchen

als **Andenken an Gefallene**

in verschiedenen Mustern vorrätig und mit Eindruck sofort lieferbar.

Geschäftsstelle der „Geisenheimer Zeitung“, Winkeler Landstrasse 53b. — Telefon 123.